

## Antrag

Fraktion der SPD

Hannover, den 06.01.2009

### **„Deutschlandfonds“ für Niedersachsen nutzen, „Niedersachsenfonds“ auflegen - Sonderprogramm für Kommunen, Wachstum und Beschäftigung**

Der Landtag wolle beschließen:

#### EntschlieÙung

In der aktuellen Finanz- und Konjunkturkrise muss auch das Land Niedersachsen seiner konjunkturpolitischen Verantwortung gerecht werden. Das Land steht daher in der Pflicht, sowohl zusätzliche kommunale Investitionen zu ermöglichen als auch in sein eigenes Sachvermögen zu investieren. Niedersachsen hat viele Potenziale, um der wirtschaftlichen Krise zu trotzen: Mit seinen Stärken in der Automobilindustrie, der Maritimen Wirtschaft, dem Energie- und Tourismussektor sowie der Landwirtschaft bringt Niedersachsen gute Voraussetzungen mit, um sich in schweren wirtschaftlichen Zeiten zu behaupten. Dennoch brauchen wir in einer ökonomischen Ausnahmesituation gezielte Investitionen und Maßnahmen, um die Wirtschaft und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stärken. Anstatt wie die Landesregierung in einer passiven Haltung zu verharren, ist es jetzt an der Zeit, aktiv gegenzusteuern. Insbesondere durch die Generierung kommunaler Investitionstätigkeit können Arbeitsplätze bei kleinen und mittelständischen Unternehmen gesichert werden.

Die Niedersächsische Landesregierung ist deshalb aufgefordert, ergänzend zum Konjunkturprogramm der Bundesregierung auch in Niedersachsen umfassende und kraftvolle Initiativen zu ergreifen, um der Rezession entgegenzuwirken. Dazu muss es nun ein Sonderprogramm für Kommunen, Wachstum und Beschäftigung geben, das in den Jahren 2009 und 2010 abfließt und damit für eine spürbare Revitalisierung der Konjunktur sorgt.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. Das vom Bund initiierte Sondervermögen „Deutschlandfonds“ gemeinsam mit den anderen Ländern um die in Rede stehenden ca. 2 Mrd. Euro aufzustocken. Angesichts des in Niedersachsen bestehenden Investitionsstaus soll die davon auf das Land entfallende Summe von ca. 1,2 Mrd. Euro um 300 Mio. Euro auf 1,5 Mrd. Euro aufgestockt werden.
2. Die Landesregierung möge sich gegenüber dem Bund dafür einsetzen, dass aus dem Vermögen des „Deutschlandfonds“ zunächst Verkehrsinfrastrukturprojekte anstatt nach Königsteiner Schlüssel nach Priorität finanziert werden. Vor allem wegen der besonderen Bedeutung der Hafenhinterlandanbindung muss hier der Grundsatz „Der Norden hat Vorfahrt“ gelten.
3. Die verbleibenden, nach Königsteiner Schlüssel auf Niedersachsen entfallenden Mittel werden vollständig in einen „Niedersachsenfonds“ überführt, dessen Mittel in vollem Umfang zur Finanzierung von kommunalen Infrastrukturprojekten (Arbeit, Bildung, Innovation und Umwelt) an die niedersächsischen Kommunen weitergeleitet werden. Die Verteilung der Mittel erfolgt im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden. Die Kommunen werden verpflichtet, die Mittel ausschließlich investiv für baureife Projekte zu verwenden und sicherzustellen, dass die Mittel in den Jahren 2009 und 2010 abfließen. Durch eine flexiblere Genehmigungspraxis kommunaler Haushalte muss die Landesregierung sicherstellen, dass eigene kommunale Investitionsmaßnahmen nicht verhindert werden.

4. Über den Niedersachsenfonds hinaus legt die Landesregierung einen Nachtragshaushaltsplan 2009 vor, der in einem Volumen von mindestens 100 Mio. Euro folgende Investitionsschwerpunkte setzt:
  - Errichtung und Ausbau von Ganztagschulen,
  - Vorziehung der Schaffung von Krippenplätzen,
  - Hochschulsanierungsprogramm und Wohnheimbau,
  - Investitionen in Landesstraßen und Radwege,
  - Energetische Gebäudesanierung,
  - Hochwasserschutz im Binnenland,
  - Aufstockung des überzeichneten Sportstättenanierungsprogramms,
  - Erhöhung der Zuführung zum Wirtschaftsförderfonds und zum ökologischen Teil des Wirtschaftsförderfonds,
  - Abbau des Investitionsstaus bei Krankenhäusern,
  - Stärkung der Maritimen Wirtschaft, des Tourismus und der Mobilitätswirtschaft.
5. Die Landesregierung steht darüber hinaus in der Pflicht, mit einem Beschleunigungsprogramm für europäische Strukturfondsmittel (EFRE und ESF) für den zügigen Abfluss der dem Land Niedersachsen von der Europäischen Union verbindlich zugesagten Mittel zu sorgen.

#### Begründung

Die weltweite Finanzmarktkrise hat zu einem spürbaren Konjunkturunbruch geführt. Auch Niedersachsen muss reagieren, um gerade die Besonderheiten in unserem Bundesland in Zeiten der konjunkturellen Krise stärker in den Blickpunkt zu nehmen. Der „Deutschlandfonds“ muss daher um eine niedersächsische Komponente erweitert werden. Es gilt, speziell unsere niedersächsischen Interessen, etwa in der Maritimen Wirtschaft oder in der Automobilindustrie, aktiv zu berücksichtigen und in politische Maßnahmen zu überführen.

Der „Deutschlandfonds“ sieht insgesamt mindestens 10 Mrd. Euro allein an Bundesmitteln für Investitionen vor. Der Fonds muss jedoch durch Mittel der Länder aufgestockt werden. Der Schwerpunkt hierbei liegt in den Bereichen Bildung, Energie, Umwelt, Arbeit und Infrastruktur. Dieses Investitionspaket des Bundes gilt es durch einen niedersächsischen Betrag von 500 Mio. Euro aufzustoßen. Für Niedersachsen werden damit zukunftsfähige Investitionen von ca. 1,5 Mrd. Euro generiert.

Es ist höchste Zeit, dass auch Niedersachsen reagiert. Die vorgeschlagenen Investitionen tragen einerseits zum Substanzerhalt des Landesvermögens bei, andererseits werden auf diese Art und Weise Arbeitsplätze direkt gesichert, indem die heimische Bauwirtschaft angekurbelt wird. Wichtig ist, dass das Konjunkturprogramm nachhaltig ist und Niedersachsen damit gestärkt aus der Krise hervorgeht.

Wolfgang Jüttner

Fraktionsvorsitzender